

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung, Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Fernsprecher Nr. 27



Telegr. Abdr.: Zeitung.

Erscheint wöchentlich 13 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittags zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.90 RM. frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der heitere Alltag“, „Praktisches Wissen für Alle“, „Unterhaltungsebelage“. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.

Anzeigen werden die sechsgepaltenen 3mm hohe (Petit) Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatte. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Datumschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmgebühr für Offerten und Aufkündigung beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg.

Nr. 6

Donnerstag, den 12. Januar 1933

26. Jahrgang.

Wird der Reichstag vertagt?

Kombinationen über die innerpolitische Lage — Abwartende Haltung in Preußen

Kampf der Selbstverwaltung

Im Organ des Verbandes der Preussischen Landgemeinden macht der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung Dr. Gereke, Präsident des Deutschen Landgemeindes und des Verbandes der Preussischen Landgemeinden, u. a. folgende Ausführungen:

Wenn wir heute auf die letzten zehn Jahre und insbesondere auf das Jahr 1932 zurückblicken, so müssen wir wohl im einzelnen feststellen, daß wir noch lange nicht all das erreicht haben, was wir wollen, daß uns aber ein Ergebnis bestimmt nicht verweigert blieb: Die Wiederherstellung des öffentlichen Interesses und öffentlichen Verständnisses für das Land und die ländliche Selbstverwaltung.

Raum ein wichtiges Gebiet blieb von eingreifenden Reformen frei. Am stärksten betroffen wurden die allgemeine Verwaltung, die Polizeiverwaltung und das Schulwesen. Derzeitige Lage ist es den Bemühungen des Verbandes gelungen, bei dem Polizeiverwaltungsgelei, das ja für die ländliche Verwaltung von sehr erheblicher Bedeutung ist, einige wesentliche Verbesserungen gegenüber dem ursprünglichen Entwurf zu erreichen.

Die allgemeine Verschlechterung der staatlichen und gemeindlichen Finanzlage ließ hinsichtlich des Abbaues auf dem Gebiete des Volksschulwesens nur geringen Raum für das Eingreifen des Verbandes. Wir mußten uns daher in der Hauptsache darauf beschränken, die mit dem allgemeinen Abbau verbundenen Härten für die Gemeinden abzumildern zu versuchen, insbesondere aber der Aufhebung ländlichen Klein- und Zwergschulen möglichst entgegenzuwirken. Es konnte sich hierbei naturgemäß jedoch nur um kleine Erfolge handeln.

Große Unruhe wurde in weite Teile der preussischen Bevölkerung durch die verschiedenen Maßnahmen auf dem Gebiete der Verwaltungsreform getragen. Am stärksten beunruhigten für unsere Landbevölkerung war sich die ersten beiden Verordnungen aus, die die Beseitigung von 68 Amtsgerichten und die Auflösung von 58 Landgerichten brachten. Besonders die Auflösung der Landkreise traf auf schärfsten Widerstand, da gegen sie seit Jahren angefaßt worden war und es insbesondere den Bemühungen unseres Verbandes gelungen war, sie lange Zeit hindurch zu verhindern. Wenn es uns nicht möglich war, im vergangenen Jahre Maßnahmen zu verhindern, die unter Auflösung nach der ländlichen Selbstverwaltung schädlich waren, dann bedeuten wir das heute noch ebenso wie bei dem Erlaß der Verordnungen. In Zeiten einer politischen Gruppierung, in denen vorübergehend auch eine nahezu einheitliche Stellungnahme des Preussischen Landtages den Gang der Dinge nicht beeinflussen konnte, fanden uns als kommunalem Verband keine direkten Machtmittel mehr zur Verfügung, um den Gelebbeher im Sinne unserer Forderungen bindend verpflichten zu können.

Es wird sich in der weiteren Entwicklung zeigen, daß unsere sachliche Stellungnahme und unsere sachlichen Bedenken berechtigt waren. Die Frage der Verwaltungsreform ist noch mitten im Fluß, und sie wird auch vorläufig nicht zum Abschluß kommen. Gerade wir in den Landgemeinden sind ja zu keiner Zeit Gegner von Sparmaßnahmen und von einer Vereinfachung der Verwaltung gewesen. Am Gegenteil, wir haben mit als erste die Förderung erhoben, daß die Verwaltung vereinfacht und verbilligt und der vielfach weit übersteigerte bürokratische Apparat abgebaut werden müßte. Die Reformmaßnahmen, die wir derzeit betreiben, bewegen sich aber in der Richtung einer neuen Dezentralisation, des Abbaues von oben nach unten und nicht umgekehrt. Wir wollen und wollen weiterhin die Sicherung und Wiederherstellung der Selbstverwaltung, nicht zuletzt auch der ehrenamtlichen ländlichen Selbstverwaltung.

Aber all diese Fragen, die bewahrenische Einschränkung und weitere Ausdehnung der Selbstverwaltung, wurden überhört von dem großen deutschen Schicksalsproblem, nämlich der Massenarbeitslosigkeit. Für die Gemeinden wirkte sich nicht nur das allgemeine Ansteigen der Arbeitslosigkeit aus, sondern sie wurden ganz besonders dadurch in Mitleidenchaft gezogen, daß immer mehr Arbeitslose ausgeteuert und der Wohlfahrtspflege der Gemeinden übergeben wurden. Die hohen Lasten für Wohlfahrtsunterstützungen trafen auf eine bereits geschwächte Finanzkraft der Landgemeinden, deren tiefste Ursache der ungerechte Finanzausgleich ist. Die Verringerung dieses Finanzausgleichs, der unsere ländlichen Gemeinden wie überhaupt alle leistungsschwachen Gemeinden so erheblich benachteiligt, bleibt nach wie vor dringendes Gebot. Aufschübe zugespitzt wurde nun aber die Finanzlage für viele unserer Landgemeinden, als sie ständig höhere Lasten für die Wohlfahrtsunterstützungen aufbringen mußten, während die Steuereinnahmen zurückgingen und Steuern fast durchweg nicht vorhanden waren. Zahlungseinstellungen und Kassenzusammenbrüche von Gemeinden haben deshalb leider nicht mehr zu den Seltenheiten gehört, und in einer großen Anzahl von Gemeinden ist die Selbstverwaltung durch die Einsetzung von Staatskommissaren vorläufig überhaupt ausgeschaltet worden.

Die Erkenntnis, daß etwas Grundlegendes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geschehen muß, hat jetzt in allen Kreisen des deutschen Volkes fest Wurzel geschlagen. Wenn der Landgemeindevorstand sich im Sommer des vergangenen Jahres dazu entschloß, aktiv vorzugehen und der Öffentlichkeit Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu übergeben, dann geschah das aus der Erkenntnis heraus, daß Landgemeinden und Landvolk durch die Arbeitslosigkeit in immer größerer Not kamen, damit der festeste Unterbau des Staates insanken geriet und daß in dieser Lage eine überparteiliche, auf sachliche Arbeit eingestellte Organisation am besten inlande sei, eine Volksfront für produktive Arbeitsbeschaffung herbeizuführen.

Die Anerkennung des Grundgedankens unserer Vorschläge ist uns schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit gelungen. Die im Dezember beruene Reichsregierung hat in ihrem Programm als Hauptpunkt die Arbeitsbeschaffung. Auch der Gedanke unseres Programms hat allgemeine Anerkennung gefunden, daß es in einer so weitgehenden Krise nicht möglich ist, allein durch Stärkung der Privatinitiative die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen, sondern daß auch die öffentliche Hand in die Arbeitsbeschaffung eingeschaltet werden muß, weil sie zu jeder Zeit der größte Auftraggeber der privaten Wirtschaft war und weil ohne die Wiederherstellung der regulären Sachausgaben der öffentlichen Hand eine Wirtschaftsbelebung unmöglich ist.

Schließlich ist es auch gelungen, durchzuweisen, daß die Gemeinden und sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperlichkeiten langfristige, nur durch eine Rente zu tilgende Kredite erhalten, wenn sie sich für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aktiv einsetzen.

Diese Anerkennung unserer Grundgedanken darf selbstverständlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß damit zunächst eine erste Etappe erkämpft ist und daß es noch zähester Arbeit und schwersten Kampfes bedarf, um das erstrebte Endziel zu sichern.

Neuer Parteiführer-Empfang?

Adolf Hitler hat Berlin wieder verlassen.

Berlin, 12. Januar.

Die politische Führungsnahme, wie sie in den letzten Tagen zu beobachten war, hat bisher zu einer Klärung der Lage im Reichstag nicht geführt. Auch Adolf Hitler hat inzwischen Berlin wieder verlassen, ohne daß er, wie es hier und da erwartet worden ist, eine Unterredung mit dem Reichstagsleiter gehabt hat. Wie es heißt, wird Adolf Hitler, der jetzt seine Tätigkeit im lippeischen Wahlkampf zu Ende führt, in den nächsten Tagen nochmals nach der Reichshauptstadt zurückkehren.

Was den Wiederzusammentritt des Reichstages betrifft, hält man es in politischen Kreisen nicht für ausgeschlossen, daß vor der Enstehung noch eine Beipfischung des Reichstagsleiters von Schleicher mit den Parteiführern stattfinden wird. In dieser Beipfischung würde es sich dann darum handeln, ob es bei dem Wiederzusammentritt des Reichstages am 24. Januar verbleiben soll bzw. ob der Reichstag in diesem Tagungsabschnitt die Programmklärung der Regierung von Schleicher entgegennehmen will, ohne daß er zugleich die Abstimmungen über die Mißtrauensanträge vornimmt.

Auch sonst fehlt es nicht an Kombinationen über die weitere Entwicklung der innenpolitischen Lage. So ist vorerst sogar von einer angeblich bevorstehenden Umbildung des amtierenden Reichskabinetts die Rede. Dabei ist allerdings zu beachten, daß ähnliche Mutmaßungen schon immer angestellt worden sind, wenn Führer der NSDAP in Berlin weilten. Klarheit über die Gestaltung der Lage wird sich im übrigen erst nach der Wahlentscheidung in Lippe gewinnen lassen, die am Sonntag erfolgt, und der man als einem politischen Stimmungsbaremeter in allen Lagern mit größter Spannung entgegenfieht.

Am 17. Januar Preußen-Landtag

Auf der Tagesordnung stehen nur kleinere Vorlagen.

Berlin, 12. Januar.

Der Preussische Landtag ist nunmehr endgültig auf Dienstag, den 17. Januar, nachmittags 3 Uhr, einberufen worden. Die Tagesordnung sieht, wie angekündigt, weder eine politische Aussprache noch die Fortsetzung der im Dezember abgebrochenen Kulturaussprache vor. Damit scheint sich die Vermutung zu bestätigen, daß bei den maßgebenden Parteien in Preußen der Wunsch besteht, politische Fragen von Wichtigkeit bis zur Entscheidung im Reich zurückzustellen.

Die Tagesordnung der nächsten Landtagsitzung enthält daher nur kleine Vorlagen, u. a. Entwürfe über die Verlängerung des Gelebes über Erhaltung des Baumbestandes sowie über Erhaltung und Freigabe von Uferwegen und ferner zahlreiche Anträge des Haupt- und des Landwirtschaftsausschusses. Weiter ist u. a. die Beratung von Bergwerksanträgen einzelner Fraktionen und eines Zentrumsantrages auf Aufstellung eines einheitlichen Reichsbahnbauprogramms im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms vorgezogen.

Staatsdebatte im Ausschuß

Vor einer Rede des Reichswirtschaftsministers Warmbold. Berlin, 12. Januar.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages entwickelte sich eine lange Debatte, in der die Staatsrede des Reichsfinanzministers und die finanzpolitische Situation behandelt wurden. Im Verlaufe des heutigen Donnerstags wird auch Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold das Wort nehmen, um seine Auffassung über die wirtschaftspolitische Lage darzulegen.

Als erster Redner nahm der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Hilferding das Wort. Redner äußerte starke Bedenken gegen die neue Vergrößerung des Etats und fragte nach der Abwägung des Geldschiffs mit der Charlottenhütte. Im übrigen ist er ebenfalls der Auffassung, daß der vom Minister geschilderte Etat angesichts der schweren Krise, die sich in seinem Gehaltverhältnis widerspiegelt, erträglich sei und für die Zukunft zu Besorgnissen keinen Anlaß biete.

Abgeordneter Herge (Dnat.) erklärte, es sei das Gebot der Stunde, in der heutigen Zeit der Regierung, wie sie auch bestehen möge, eine Bewährungsfrist zu geben. Ein geheimer Optimismus sei heute Pflicht. Die Regierung stehe und falle mit einer fortschreitenden günstigen wirtschaftlichen Entwicklung. Das zweite sei Stetigkeit in der finanzpolitischen und wirtschaftlichen Einstellung. In dieser Hinsicht hätte keine Fraktion gewisse Bedenken, die durch den Regierungswechsel bedingt sind. Die Hervorstellung des privaten wirtschaftlichen Gedankens unter der Regierung haben sie heute durch eine einseitige Verwendung von Unternehmungen der öffentlichen Hand ersetzt worden.

Abg. Reinhardt (Natlos.) ist der Auffassung, daß das vom Minister angegebene Steuerdefizit für 1932 um 150 Millionen zu niedrig geschätzt sei. Das Defizit wäre noch viel größer, wenn das Reich nicht Mühlengewinne von 4833 Millionen gemacht und das Rentenbanddarlehen von 400 Millionen verlängert hätte. Das Defizit würde damit über drei Milliarden betragen.

Belebung der Wirtschaft, Heilung der öffentlichen Finanzen und Sicherung der deutschen Sozialversicherung hätten eine gemeinsame Voraussetzung. Diese heißt Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Eine Verminderung der Arbeitslosigkeit sei nur gegeben bei einer Erhöhung der Löhne und des Lohnstandes der deutschen Wirtschaft.

Beschlüsse zum Sofortprogramm

Ausschuß will die Fürsorgepflichtarbeiten durch Notstandsarbeiten ersetzen. — Gegen die Reichsbahn-Leistungsanlagen.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages nahm in Fortgang seiner Beratungen über das Arbeitsbeschaffungsprogramm die Abstimmungen über die dazu vorliegenden Parteianträge vor. Angenommen wurde zunächst ein kommunikativer Antrag, wonach an Stelle der Fürsorgepflichtarbeiten Notstandsarbeiten bei Zahlung tariflicher Löhne und versicherungspflichtigem Arbeitsverhältnis der Notstandsarbeiter durchgeführt werden sollen. Für den Antrag stimmten außer den Antragstellern auch die Nationalsozialisten und die Sozialdemokraten.

Der Beschluß wurde gefaßt, obwohl der Regierungsvorsteher erklärt hatte, daß aus finanziellen Gründen nicht überall die Möglichkeit bestehe, Notstandsarbeiten auszuführen. Fürsorgepflichtarbeiten müßten auch neben den Notstandsarbeiten weiterhin bestehen, da sie zur Prüfung des Arbeitswillens von Bedeutung seien.

Mit großer Mehrheit wurde auch ein nationalsozialistischer Antrag auf Abschaffung der Leistungsanlagen bei der Reichsbahn und auf Verwendung der entsprechenden Summe zur Arbeitsbeschaffung angenommen.

Ebenso fand ein Antrag Annahme, im öffentlichen Interesse liegende Arbeiten zum Tariflohn und im versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis auszuführen. Gegen Sozialdemokraten und Kommunisten wurde der gemeinsame Antrag des Volksbundes, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei zum Beschluß erhoben, wonach für die Arbeitsvermittlung bei der Arbeitsbeschaffung auch die gesetzlich anerkannten, nicht gewerkschaftlichen Stellenvermittlungsbüros in Betracht zu ziehen seien.

kannt werden sollen. Eine große Mehrheit fand sich für einen weiteren Antrag der gleichen Parteien, Steuerentlastungen für Mehrbeschäftigung von Arbeitern nicht an solche Unternehmer zu geben, denen Aufträge aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm übertragen worden sind.

Ein Zentrumsantrag auf Annullierung an die Finanzämter zur Verhinderung von Mißbräuchen bei Ausgabe von Steuerzuschüssen für Mehrbeschäftigung wurde in der Fassung angenommen, daß als Mißbrauch angesehen werden soll die Ausgabe von Steuerzuschüssen in Höhe von mehr als 50 v. H. der Lohnsumme der im einzelnen Falle mehrbeschäftigten Arbeitnehmer, die Entlassung von älteren und verheirateten Arbeitnehmern und solchen, die Angehörige unterhalten oder wesentlich unterstützen, sowie die Einstellung von jüngeren Arbeitskräften an deren Stelle und die Einstellung von Ausländern.

Genf zuverlässig

Arbeitsbeginn in den Unterausschüssen. — Aussprache über die Tagesordnung der Weltwirtschaftskonferenz.

Genf, 12. Januar.

Der Sachverständigenausschuss für die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz legte seine Arbeiten in den beiden Unterausschüssen für Finanz- und Wirtschaftsfragen fort. Aufgabe dieser Ausschüsse ist es, konkrete Vorschläge für das Programm der Weltwirtschaftskonferenz in London zu formulieren. In einem späteren Stadium wird dann der Ausschuss wieder Vorschläge abgeben, um die endgültigen Formulierungen zu beschließen.

Den Kommissionsberatungen liegt ein erster Entwurf einer Tagesordnung der Weltwirtschaftskonferenz zugrunde, den der belgische Delegierte Franconi ausgearbeitet hat. Danach soll die Weltwirtschaftskonferenz ihre Arbeiten auf einige Hauptfragen begrenzen, nämlich die Regelung der noch ungelösten großen politischen Fragen, die Wiederherstellung einer vernünftigen Freiheit des Warenverkehrs, die Wiederaufnahme der Kapitalbewegung und die Rückkehr zur stabilen Währung.

Allgemein besteht bezüglich der Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz nach Abschluß der allgemeinen Aussprache eine zuverlässigere Stimmung als im November gelegentlich der ersten Tagung der Sachverständigen.

Die Auffassungen unter den Experten gehen allerdings in verschiedenen Punkten noch sehr auseinander, so zum Beispiel in der Frage der Rückkehr zur Goldwährung, die zwar allgemein als notwendig anerkannt, von den Engländern aber nach wie vor von einer Erhöhung des Preisniveaus abhängig gemacht wird. Im übrigen scheint die englische Regierung auf einen möglichst baldigen Zusammentritt der Londoner Konferenz zu drängen. Daß die Konferenz aber schon im April, wie es die englische Regierung zu wünschen scheint, zusammenzutreten kann, erscheint fraglich.

Am die 40-Stunden-Woche

Deutsch als dritte Verhandlungssprache der Arbeitszeit-Konferenz.

Die Genfer Vorläuferkonferenz für die Verkürzung der Arbeitszeit beschloß in Fortsetzung ihrer Arbeiten, neben der französischen und englischen auch die deutsche Sprache zuzulassen. Der Aussprache liegt ein vom Internationalen Arbeitsamt hergestellter umfangreicher Bericht, der die Zusammenhänge zwischen Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit behandelt, zugrunde.

Die Debatte wurde von dem französischen Gewerkschaftsvertreter Jouhaux eröffnet. Redner führte u. a. aus, die 40-Stunden-Woche sei nicht nur eine soziale, sondern auch eine wirtschaftliche und industrielle Forderung. Es müsse jetzt die unerlässliche Reform einer neuen Verteilung der Arbeit und ihrer Erzeugnisse stattfinden. Solange noch die Millionen von Arbeitslosen bestünden, sei mit einem Ausgleich der öffentlichen Haushalte nicht zu rechnen. Die gesamte Lage zwinge zu einer Verringerung der Arbeitslosigkeit. Die Arbeiterklasse verlange eine Angleichung der Arbeitszeit an die gesteigerte Erzeugungsfähigkeit. Die Konferenz müsse jetzt der Gerechtigkeit Raum in dem Arbeitsprozeß schaffen.

Die Fahne von St. Léonhard

Rückgabe einer deutschen Gardefahne?

Paris, 12. Januar.

„Paris Midy“ veröffentlicht einen Artikel des Obersten Guilleaume über die Frage der Rückgabe der Fahne des

Kampfens um St. Léonhard bei Reims hatte am 26. September 1914 der Fahnenträger das Fahnenstück losgelöst und, um es zu retten, sich um die Brust geschlungen. So fiel er. Am 20. Januar 1920 fand man bei Erdarbeiten die Leiche des Fahnenträgers und das Fahnenstück. Es wurde dem französischen Heeresmuseum übergeben. Gerade diese Fahne, die also nicht im Kriege erbeutet wurde, hat deshalb eine besondere Bedeutung, weil das Regiment, dem sie gehörte, das 3. Oberregiment, früher von Hindenburg besetzt wurde. Oberst Guilleaume tritt nun in seinem Artikel dafür ein, daß Frankreich dem Reichspräsidenten die Fahne als Geschenk überreichen lasse.

Kleine politische Meldungen

Der frühere chinesische Industrie- und Handelsminister Dr. H. Kung befindet sich in Begleitung des chinesischen Gesandten sowie eines großen Gefolges die Innerwerke.

In der Stadt Eger, dem Mittelpunkt des Westböhmerischen Industriegebietes, wird im Frühjahr ein deutsches Wahlkonsulat eröffnet werden.

Der Unterstaatssekretär im polnischen Außenministerium, Graf Gembet, wurde in Rom bei der Ausreise empfangen.

Der argentinische Staatspräsident hat das Parlament bis zur Beruhigung der politischen Lage im Lande geschlossen und die Zensur verhängt.

Der italienische Senat hat beschlossen, eine strenge Bestrafung des ehemaligen Präsidenten Savio, des Obersten Groves und aller Gegner der Verfassung zu verlangen, die sich mit Gewalt der Regierungsmacht bemächtigt hätten.

Forderungen des Landbundes

Entschließung des Bundesvorstandes.

Berlin, 12. Januar.

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes nahm eine Entschließung an, in der es nach einem Hinweis auf die ernste Lage der bäuerlichen Veredelungswirtschaft und einer scharfen Kritik an der Regierungspolitik heißt:

„Obwohl mit Ende des Jahres 1932 die Holland gegenüber bestehenden Zollbindungen abgelaufen sind, ist bis heute diese Erleichterung der zollpolitischen Lage nicht durch Zinstraßen von Zollerhöhungen ausgenutzt worden. Die daneben notwendigen Kontingenzierungsmaßnahmen zum Schutz gegen ausländische Überflutungswirtschaft sind auch von der jetzigen Reichsregierung nicht ergriffen worden. Eine Regierung, die den Willen zur Erhaltung deutschen Bauerntums hat, müßte wenigstens durch sofortige Erklärung eines vollständigen und generellen Zahlungsmoratoriums die Vertreibung des Bauern von Haus und Hof verhüten. Nichts dergleichen ist geschehen.“

Durch das bisherige Verlangen der Reichsregierung in den lebenswichtigen Fragen der Agrarpolitik werden auch die vom Herrn Reichskanzler aufgestellten Ziele der Arbeitsbeschaffung und Siedlung zu reinen Illusionen. Die bisherige Betätigung der Reichsregierung wird daher auch den wiederholten Aufträgen, die der Herr Reichspräsident erteilt hat, nicht gerecht. Die Notgemeinschaft des deutschen Landvolkes sieht zum Neufahrten bereit. Die Führung des Reichs-Landvolkes fordert von jedem einzelnen den letzten Einsatz in dem dem gesamten Berufsstand aufgezwungenen Kampf um die nackte Existenz!“

Erinnerungsfeier am Rhein

Rundgebung der SA. und des Stahlhelms in Essen.

Essen, 12. Januar.

Aus Anlaß des 10. Jahrestages des Einmarsches der Franzosen in das Ruhrgebiet lobten auf den Höhen des Rheins von der holländischen Grenze bis zum Saargebiet entlang Erinnerungsfeuer aus. Auch von den Nollathhöhen leuchteten die Flammen weißlich sichtbar ins Tal. Das Hauptfeuer, das vom Gau Koblenz des Stahlhelms ins Werk geht, war, brannte auf dem höchsten Punkte der Festung Ehrenbreitstein zur Erinnerung an die Knechtschaft und Entrechtung in den unheilvollen Tagen des Ruhrkampfes.

In Essen veranstalteten die Nationalsozialisten und der Stahlhelm auf dem Burgberg große Rundgebungen. Zu der Stahlhelmrundgebung hatten sich starke Abordnungen aller Organisationen des rheinisch-westfälischen Gauces eingefunden. Im Scheine der Fackeln gelobte Landesführer Mahnen, der während des Ruhrkampfes von den Franzosen eingekerkert worden war, unüberwindlich bis zum letzten Atemzug zu kämpfen für die Ziele jenes Ruhrkampfes: Die Freiheit des deutschen Raumes, die Größe des Reiches aller Deutschen und die innere Einheit seines Volkes.

Am nächsten Morgen ist Fräulein von Collenhouge schon wohl auf an der Frühstückstafel und freut sich aufrichtig, wieder unter ihren jungen Freunden zu sein. Nach dem Frühstück bittet Karl sie um eine Unterredung und erzählt ihr von seiner Verlobung mit Dolores Guerra.

Das alte Fräulein ist erschrocken.

„Mein guter Junge . . . da sind Sie aber böse herein-gelappt!“

„Das scheint mir auch so!“

„Doch das sieht dem guten Guerra ähnlich!“

„Glauben Sie nicht, daß Dolores einer wahrhaften Liebe fähig ist?“

„Nein, lieber Alfredo . . . Mädchen dieser Art mit so schlechter Vergangenheit und Gegenwart haben auch eine schlechte Zukunft. Einen Mann beglücken . . . nein, das kann Dolores nicht. Und ihr Vater ist ein Gauner, das weiß ich!“

„Ich will jedenfalls die Verlobung wieder lösen!“

„Wie haben Sie sich das gedacht?“

„Durch eine Aussprache, liebe Freundin. Ich will Dolores vor allen Dingen von dem Irrtum heilen, daß ich reich bin, oder Reichtum zu erwarten habe.“

„Und . . . Sie glauben, Alfredo, daß damit sich alles erledigen könnte? In Europa, in Deutschland vielleicht. Aber wir sind in Südamerika. Da ist das Blut heißer!“

Dolores wird Ihre Abgabe als eine Schmach empfinden und sämtliche Verehrer aufsuchen, Sie einfach über den Haufen zu schießen. Wollen Sie es nicht wie die früheren Verlobten der Genorita machen und ausreizen?“

„Das mag ich nicht!“

„Ich würde es, Alfredo! Es wäre feig! Aber sagen Sie, junger Freund, hat der Minister nicht eine Anleihe nach erteiltem väterlichen Segen bei Ihnen aufgenommen?“

„Bis jetzt nicht.“

„Selbst . . . ich hätte es bestimmt erwartet! Guerra ist nahezu unrettbar verschuldet. Er braucht unbedingt Hilfe durch einen reichen Schwiegersohn.“

„Der ich nicht bin!“

„Noch nicht!“ lacht die alte Dame. „Aber lassen wir das! Ich weiß, Alfredo, Sie haben nie den Gedanken gehabt, den könnten.“

„Bei meiner Ehre . . . niemals!“

Nachdem der Stahlhelm den Burgplatz verlassen hatte, marschierte die Essener SA. und SS. aus allen Stadtvierteln sternförmig zum Burgplatz zu einer großen Kundgebung des Kreises Essen der NSDAP. Die Kundgebung, die durch den Einbruch der Franzosen in das Ruhrgebiet galt, stand unter dem Kennwort „Nie wieder Feind im Land“.

Politische Rundschau

Gesandter Morast überreicht sein Abberufungsschreiben. Der deutsche Gesandte in Litauen, Morast, überreichte dem litauischen Staatspräsidenten Smolona sein Abberufungsschreiben.

Das Flugzeug der Akademischen Fliegergruppe Danzig verlor am 11. Januar bei einem Flug nach Berlin am 9.25 Uhr wegen starken Nebels und heftigen Schneetreibens auf dem Wege wieder nach Stolz zurückkehrte, wo es um 12.30 Uhr wieder landete.

Polnischer Erfolg in London. Auf Grund der polnischen Beschlüsse über den Londoner Rundfunk wird im Februar ein Mitglied der Londoner polnischen Botschaft im englischen Rundfunk sprechen, wobei sich der Pole zweifellos über die Grenz- und Abrüstungsfrage äußern wird.

Selbstmord einer Tochter Trotkis

Berlin, 12. Januar.

Die Tochter des ehemaligen russischen Volkskommissars Trotki, die 32 Jahre alte Frau Volkoff, geb. Bronstein, die sich durch Einatmen von Gas tötete.

Wie die Polizeibehörde mitteilt, war der Frau Volkoff im Oktober 1931 der vorübergehende Aufenthalt in Berlin zu einer spezialärztlichen Behandlung gestattet worden. Nachdem ihr Gesundheitszustand sich gebessert hatte, wurde ihr eine Arbeitsfrist bis zum 31. Dezember 1932 gestellt worden. Auf ein neues Gesuch der Frau Volkoff, die Arbeitsfrist bis Mitte Februar 1933 zu verlängern, war eine ablehnende Entscheidung noch nicht getroffen worden. Eine Ausweisung liegt nicht vor, ebenso wenig eine Verlegung der Verlängerung der Aufenthaltsfrist aus politischen Gründen.

Trotki schwer erkrankt

Englischen Pressemeldungen aus Konstantinopel zufolge, liegt Trotki in seinem Landhaus auf der Insel Prinkipo schwer krank darnieder. Sein Sekretär sei nach Wien abgereist, um den ärztlichen Beistand eines Spezialisten zu gewinnen.

Das Heilige Jahr

Vor der Verkündung der päpstlichen Bulle.

Rom, 12. Januar.

Wie verlautet, soll die Vorbereitung der Bulle über das Heilige Jahr abgeschlossen sein und das Dokument soll schon in der aller nächsten Zeit veröffentlicht werden. Als sicher gilt, daß das außerordentliche Heilige Jahr nicht weniger feierlich begangen werden soll, als die regelmäßigen. Das wird auch daraus geschlossen, daß entgegen den ursprünglichen Nachrichten auch die Porta Sancta der vier Hauptbasiliken geöffnet werden soll.

Ferner werden große Feierlichkeiten anlässlich der Verkündung zum Abschluß gebrachter Prozesse über heilige und seliggesprochene abgehalten.

Als äußere Glanzpunkte der Feierlichkeiten des Heiligen Jahres sind, wie allgemein angenommen wird, zwei Illuminationen der Peterskuppel an Ostern und Pfingsten vorgegeben und außerdem am ersten Sonntag im Juni die Beleuchtung sämtlicher Kreuze, die sich über der Stadt Rom und ihren Kirchen erheben.

Opfer des Wintersports

Ein Münchener Skiläufer von einer Lawine erschlagen.

Ein Münchener Skiläufer Wilhelm Bühler wurde zwischen dem Seefahrtsweg und der Kaubahn bei Bad Tölz von einer Lawine verschüttet. Seine Gefährten, denen es nicht möglich war, den Verunglückten aufzufinden, verzichteten die Entdeckung einer Rettungsexpedition aus Bad Tölz und Gengries. Der Verunglückte wurde tags darauf einhalb Meile unter der Schneedecke tot aufgefunden.

„Das weiß ich, und das macht sie mir um so wertvoller. Ich habe über mein Vermögen noch nicht verfügt. Will und noch kein Testament machen. Das hat noch Zeit. Nun, Alfredo, es wird uns schon eine Lösung einfallen!“

Um diese Zeit in Berlin. August Bolle kommt in das Büro seines Schwiegereltern und findet ihn sehr bedrückt.

„Nanu . . . was ist denn mit dich, Kaarl! Schneidst du ein Loch, wie der Besen kurz vorn Ausbruch?“

„Ach, Vater, man macht sich manchmal seine Gedanken.“

„Um den Kleinen?“

„Ach, Vater! Aber ich fürchte mich nicht um ihn. Er ist in Sicherheit. Ich habe Nachricht.“

„Hat er geschwiegen?“

„Nein, noch nicht! Aber ich konnte es in der Zeitung lesen. Hier, ein Bericht aus Uruguay. In der Klubmannschaft ist ein neuer Stern aufgetaucht, ein erstklassiger Mittelstürmer, der bei einem Probepiel alles in Grund und Boden geschlagen hat.“

„Du meinst, das ist unser Kleiner?“

„Das ist mir Karl! Dieses Fräulein von Collenhouge in Montevideo und Umgebung Besitzungen. Sicher sind dort.“

„Wie heißt denn der neue Mann?“

„Alfredo Colleani.“

„Ein Italiener!“

„Karl wird einen anderen Namen angenommen haben. Nein, um unseren Jungen ist mir nicht bange, der kommt durch, und wenn er was braucht, dann weiß er mich zu finden. Aber . . . mit dem flüchtigen Gelde wird's in nächster Zeit etwas schwach aussehen!“

„Wie?“

„Weil uns heute das Wehrministerium die gesamten Militärleistungen entzogen hat.“ antwortete Große ernst.

„Was hat es?“

„Uns die Lieferungen entzogen!“

„Um Gottes willen . . . das . . . das ist doch unfassbar! Produktion!“

„Stimmt! Wir müssen jetzt entweder den Betrieb einschränken oder versuchen, neue Kunden heranzuziehen.“

(Fortsetzung folgt)

